

## «Zeitpunkt wäre 2013 naheliegender gewesen»

Regierungsrat Christoph Brutschin (SP) über die Aufhebung des Euro-Mindestkurses und die Folgen für Basel

Von M. Hauswirth und N. Jecker

**BaZ:** Herr Brutschin, was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie von der Aufgabe des Euro-Mindestkurses hörten?

**Christoph Brutschin:** Ich war überrascht. Auch wenn immer gesagt wurde, dass es sich um eine temporäre Massnahme der Nationalbank handelt, habe ich den Entscheid nicht erwartet. Für mich wäre der Zeitpunkt Ende 2013 naheliegender gewesen, damals lag der Kurs bei 1.23 oder 1.24. Aber jetzt müssen wir erst mal abwarten, was mit dem Kurs passiert und welche Folgen er für die Wirtschaft tatsächlich hat.

**Hätte die Schweizerische Nationalbank ihren Entscheid ankündigen sollen?**

Die Nationalbank ist natürlich unabhängig, und diese Unabhängigkeit erachte ich als einen hohen Wert. Meiner Einschätzung nach hätte die Nationalbank eventuell zuwarten können, ob und was für Massnahmen die Europäische Zentralbank trifft und wie die Wirtschaft darauf anspricht. Vermag der geplante Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank Wirkung zu entfalten oder nicht? Vielleicht hätte man diese Entwicklung abwarten können – aber ich sage das natürlich alles, ohne über Detailinformationen zu verfügen.

**Ist das Basler Gewerbe auf eine Parität zwischen Euro und Franken vorbereitet?**

Hier muss man unterscheiden: Auf die regionale Leit-Exportindustrie kommen zwar Branchen- und Margennachteile zu, aber keine Verwerfungen im grösseren Stil. Kleinere, exportorientierte und margenschwächere Unternehmen hingegen werden stärker betroffen sein; wir haben in Basel-Stadt aber nicht sehr viele davon. Unsere Situation ist nicht vergleichbar mit jener in der Ostschweiz, wo es viele Betriebe in der Werkzeug- und Maschinenindustrie gibt, die stark in den EU-Raum exportieren. Im Kanton Baselland sieht es beispielsweise auch bereits wieder anders aus.

**Welches Zukunftsszenario skizzieren Sie für den lokalen Detailhandel?**

Es geht gerne vergessen, dass der Detailhandel in den Grenzregionen immer schon mit gewissen erschwerten Bedingungen und Problemen zurechtzukommen hatte. Die Ostschweiz oder das Tessin machen ähnliche Erfahrungen wie wir hier.

Zudem bin ich mir nicht sicher, ob dieser Bereich in den vergangenen Jahren gross strukturelle Anpassungen hätte vornehmen können. Der Detailhandel verfügt nun mal über die Kostenstruktur, die er hat. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Preise im regionalen Detailhandel das Resultat von unanständig hohen Margen sind.

**Kann und soll die Regierung jetzt etwas für die Unternehmen tun?**

Im 2010 gab es von uns ein kleines Konjunkturprogramm, nichts Grossartiges, aber immerhin. Heute zeigt sich die Situation anders: Es gibt keine Nachfragekrise. Die Beschäftigung ist deutlich besser, als sie damals gewesen war. Und auch die Nachfrage ist auf hohem Niveau. Deshalb sehe ich keinen Handlungsbedarf.

**Wie wärs mit einem Aufruf, nicht ins Ausland einkaufen zu gehen?**

Das würde wohl weder akzeptiert noch wäre es richtig. Hingegen wollen wir zusammen mit dem Gewerbe aufzeigen, was für einen Wert es hat, hier einzukaufen. Mir gefallen beispielsweise die Anstrengungen von Pro Innerstadt, Basels Innenstadt als ein grosses Einkaufszentrum unter freiem Himmel zu positionieren. Der Einkaufstourismus erfolgt auch in Bewegungen, die nicht immer gleich ausgeprägt sind. Ich habe die Hoffnung, dass es in diesem Bereich allmählich zu einer Bodenbildung kommt, will heissen, dass das Ausmass von Menschen, die ennet der Grenze einkaufen gehen, sich allmählich erschöpft. Es gibt zudem eine Gruppe von Leuten, die nicht oder sehr sporadisch über die Grenze zum Einkaufen gehen, sei es aus Zeitgründen oder weil sie sich die Druggede in den Läden nicht antun wollen.

**Die Handelskammer beider Basel fordert, Sie sollen sich jetzt für die Unternehmenssteuerreform III stark machen.**

Selbstverständlich werde ich das tun. Wir brauchen Sicherheit für die Investitionsentscheide. Natürlich gibt es noch andere Dinge, die jetzt in Angriff genommen werden müssen, die gescheiterte Kartellrevision zum Beispiel. Und wir müssen das Preisniveau runterbringen, denn wir sollten nicht vergessen: Die hohen Löhne, welche die Schweizer Unternehmer bezahlen, sind eine Folge der hohen Lebenshaltungskosten.

**Sind Steuererleichterungen ein Thema?** Steuererleichterungen sind für die einzelnen Branchen, die von dem



**Kosmetikprodukte in St-Louis.** Christoph Brutschin geht nur ab und zu nach Frankreich einkaufen. Nie aber nach Deutschland. Foto Moras Kostas

Euro-Kurs betroffen sind, im Moment eher weniger relevant. Im Detailhandel geht es darum, die Beschäftigung zu sichern. Selbstverständlich wird das neue Umfeld zu einer Anpassung der Marge führen. Und wenn die Marge kleiner wird, hat das einen Einfluss auf den Gewinn und damit auf die Steuern. Was der Bund allenfalls mittelfristig ins Auge fassen sollte, ist die temporäre Verlängerung der Kurzarbeit. Die Betriebe müssen in der Lage sein, ihre Fachkräfte auch in schwierigeren Zeiten im Betrieb zu halten.

**Was sagen Sie zum Vorwurf, die BVB würden mit ihren Extrafahrten nach Weil am Rhein den Einkaufstourismus fördern und damit helfen, das Gewerbe zu schwächen?**

Die BVB haben eine Transportpflicht sowie einen Versorgungsauftrag wahrzunehmen. Eigentlich müsste man ja mit den Leuten reden, die ins Tram steigen, um in Weil einzukaufen, und nicht den Transporteur für die Fahrten kritisieren.

**Verurteilen Sie die Einkaufstouristen?**

Nein, ich habe Verständnis dafür. Aber auch hier gilt es zu unterscheiden: Es gibt Personen, die auf jeden Rappen schauen müssen und für die es eine Erleichterung ihres Haushaltsbudgets darstellt, wenn sie beispielsweise in Deutschland einkaufen. Dann gibt es aber solche, die es sich leisten könnten, in der Schweiz einzukaufen. Bei denen verstehe ich das Verhalten nicht immer. Zur zweiten Gruppe sage ich: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht am Ast sägen, auf dem wir sitzen. Wir haben entsprechend der hohen Lebenshaltungskosten hohe Löhne und die Idee wäre es, auch hier das Geld auszugeben.

**Gehen Sie eigentlich auch über die Grenze shoppen?**

Mit dieser Frage habe ich gerechnet... Ich gehe etwa alle drei Monate nach St-Louis, das ist gewissermassen eine Familientradition, und das hielt ich schon so, als der Euro noch auf 1.60 war. In Frankreich hole ich für mich oder meine Familie gewisse Artikel des täglichen Bedarfs, die wir in der Schweiz nicht kriegen. Dazu gibt es noch Käsesorten, die hier ebenfalls schwierig zu bekommen sind. Aber ich war beispielsweise noch nie über der Grenze in Deutschland einkaufen. Den Hieber kenne ich nur aus der Werbung.

## Mehrheit der Kandidaten für Spitalschliessung

Landratskandidaten würden zur Senkung der Kosten auf einen Spitalstandort im Baselland verzichten

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Wenn der Geschäftsführer des Kantonsspitals Baselland, Jürg Aebi, über seine drei Häuser in Liestal, auf dem Bruderholz und Laufen spricht, gerät er ins Schwärmen: «Das Kantonsspital Baselland ist eine Perle in der Spitallandschaft.» Effizient seien die Häuser und nicht so «verakademisiert» wie im Nachbarkanton, erzählt er derzeit am Rande von Apéros. Und dies sage er als Auswärtiger, als einer, der unabhängig ist und sofort auch woanders arbeiten könnte – und nicht als Lobbyist eines Baselerischen Kantönliges.

Umso mehr müsste der CEO der Baselbieter Spitäler besorgt sein über die wachsende Bereitschaft der Politiker, ein Spital im Baselbiet zu schliessen. Eine knappe Mehrheit der Landratskandidaten, welche die Fragen im politischen Umfrageportal «Smartvote» ausgefüllt haben, sagen nämlich «Ja» oder «eher ja» auf die Frage: «Befürworten Sie Spitalschliessungen im Kanton Baselland zur Senkung der Gesundheitskosten?» Ausgefüllt wurde die Umfrage von 440 der knapp 600 Landratskandidaten. 222 (50,5 Prozent) davon sind tendenziell für eine Spitalschliessung im Baselbiet.

Auffallend dabei ist, dass ein Schliessungsentscheid heute in allen Parteien Rückhalt hätte. Querbeet durch alle politischen Lager finden sich prominente Landratskandidaten, die sich eine Standortschliessung vorstellen können und sich der Diskussion nicht mehr verschliessen wollen.

**Finanzlage führt zur Trendwende**

Zu ihnen gehört auch Martin Rüegg (SP), der vor zehn Jahren in seiner Partei auf weiter Flur der Einzige war, der den Standort Bruderholz infrage stellte. «Die Verunsicherung der Spitalpolitik widerspiegelt sich in der der Smartvote-Umfrage», sagt Rüegg. Begünstigt durch das Fiasko mit den gescheiterten Neubauplänen des Bruderholzspitals unter Peter Zwick und der angespannten finanziellen Lage im Baselbiet, stehe dieser Standort auch am ehesten im Fokus.

Einer Spitalschliessung am kritischsten gegenüber stehen seltsamerweise jene Politiker, in deren Region es kein Spital gibt. Im Bezirk Waldenburg wären 13 von 22 Kandidaten gegen eine Schliessung. Auch die Politiker in den Wahlkreisen Sissach und Gelterkinden sind weniger dafür zu haben. Im Oberbaselbiet wird die Smartvote-Frage bei

16 von 28, beziehungsweise 20 von 30 negativ beantwortet.

Aussergewöhnlich viele Verfechter einer Spitalschliessung weisen die Grünen auf. Selbst für die Oberwiler Landratskandidatin und Gemeinderätin Lotti Stokar ist der Standort Bruderholz vor ihrer Haustür nicht sakrosankt: «Da hat sich zu lange nichts bewegt.» Langsam werde der Gedanke auch in anderen Parteien salonfähig. Um die Arbeitsplätze müsse man sich beim heutigen Personalbedürfnis im Gesundheitswesen auch weniger sorgen. «Nun können ohne Scheuklappen neue Konzepte entwickelt werden», sagt sie.

**Kein Tabu für Isaac Reber**

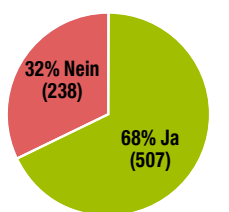
Prominentester Vertreter dieser Position ist der Grüne Regierungsrat Isaac Reber, der öffentlich dazu steht, «dass der Spital-Verwaltungsrat für eine nachhaltige Lösung richtig frei denken darf». Ohnehin befinde sich das Bruderholzspital am Ende seiner Lebensdauer, betont er. Beissen nun die Letzten die Hunde – das Kantonsspital Bruderholz? Gemessen an der Bevölkerungszahl hat nämlich Basel-Stadt Überkapazitäten im Gesundheitswesen aufgebaut und nicht die Landschaftler mit ihren effizienten Spitalern, argumentiert CEO Jürg Aebi.

Hector Herzig, Präsident der Baselbieter Grünliberalen, der die Smartvote-Frage zur Bereitschaft einer Spitalschliessung im Baselbiet auch bejahend beantwortet hat, kontert: «Heute geht es im Gesundheitswesen um mehr als um Partikularinteressen. Es geht um Menschen und ihre Gesundheitsversorgung – nicht um Standorte.» Würde dies berücksichtigt, käme man auch auf andere Lösungen.

Eine bemerkenswert höhere Bereitschaft der Politiker, ein Spital zu schliessen, findet sich im Wahlkreis Liestal, wo ja auch keiner den Standort Kantonsspital Liestal infrage stellt. Mit «eher ja» hat beispielsweise die Liestaler EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger geantwortet. «Ich stelle eine zunehmende Besorgnis um die inflationär steigenden Krankenkassenprämien fest», begründet sie. Vor dem Hintergrund, dass auch der Kanton Aargau erfolgreich Spitäler schliessen konnte, sei ihre Bereitschaft gestiegen, diese Frage im Baselbiet anzugehen. BDP-Präsidentin Marie-Therese Müller fügt schlicht an: «Wir haben die höchsten Spitalkosten, wir können uns keine drei Standorte leisten.» Sie sehe nicht ein, weshalb der Kanton Baselland einfach ein neues Spital bauen müsste.

## Frage des Tages

**Das Ergebnis der Frage von gestern:** Planen die SBB an der Bevölkerung vorbei?



## Würden auch Sie ein Spital in BL schliessen?

Laut Smartvote befürwortet eine Mehrheit der Landratskandidaten Spitalschliessungen zur Senkung der Gesundheitskosten. Würden auch Sie ein Spital in Baselland schliessen? [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

ANZEIGE



Regula Nebiker als Regierungsrätin  
komitee.regula.nebiker@breitband.ch